

Protokoll

24. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 24. Juni 2014, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

| | |
|---------------------------------|--|
| Vorsitz: | Parlamentspräsidentin Christine Schuhwerk |
| Anwesend Stadtparlament: | 28 Mitglieder |
| Entschuldigt: | Hug Kaspar, CVP, Stadler Cyrill, FDP |
| Anwesend Stadtrat: | Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans Ulrich, FDP |
| Protokoll: | Evelyne Jung, Parlamentssekretärin |

Traktanden

- 24/ 1. Mitteilungen
- 24/ 2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2013 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschluss
- 24/ 4. Fragerunde
- 24/ 5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder. Alle sind im Fussballfieber, die einen mehr, andere weniger. Fussballspiel ist lebendig, interessant und teils sehr aufregend. Ich denke, die meisten hier Anwesenden wären ganz gerne irgendwo vor einem grossen Bildschirm, um ja kein Spiel zu verpassen, das Ergebnis mitzuerleben.

Ergebnisse aber gibt es auch hier und heute an dieser Parlamentssitzung, Resultate, die interessieren und auch hinterfragt werden müssen und können. Tauchen wir nun ein in diese interessante Materie, sei es in die weiter zurückliegende oder in die nähere Vergangenheit, in Form des Jahresberichts und der Rechnung des letzten Jahres.

In diesem Sinne begrüsse ich sie und heisse sie ganz herzlich willkommen zu unserer 24. Parlamentssitzung.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 27 Mitglieder anwesend, entschuldigt haben sich Kaspar Hug, CVP und Cyrill Stadler, FDP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen. Atakan Oezcelebi wird etwas später eintreffen.

Traktandenliste

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Roman Buff, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion hat eine Interpellation zur Explosion der Sozialkosten eingegeben. Die Fraktionen haben diese schon vor der Versammlung bekommen und ich stelle den Antrag auf Dringlichkeit dieser Interpellation und Aufnahme in die Traktandenliste.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich stelle den Antrag zur Diskussion.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Der Stadtrat nimmt die Interpellation entgegen und wird sie rechtzeitig zur nächsten Parlamentssitzung schriftlich beantworten. An dieser Stelle der Dank an die Interpellanten. Sie geben damit dem Stadtrat die Gelegenheit zur weiteren Versachlichung der Diskussion um die Kosten der Sozialhilfe einerseits, und es hilft bei Aufklärung über die gesellschaftspolitische Funktion und die marktwirtschaftliche Rolle und Wirkung der Sozialen Dienste andererseits.

Allerdings, ich will es nicht verhehlen, wäre etwas mehr Sachlichkeit in der Herleitung des Fragenkatalogs wohl auch sachdienlicher und motivierender. Der Stadtrat verschänzt sich nicht hinter Richtlinien. Er steht zu den Gesetzen und den daraus hergeleiteten Richtlinien. Und er setzt sich als Exekutive dafür ein, dass diese professionell und im Sinne der Gesetzgeber, sprich uns aller, umgesetzt werden. Verlangen sie nicht von einem „Sozialminister“ auf Gemeindeebene, all dies zu korrigieren, was die Gesetzgeber auf höherer Ebene, ihrer Meinung nach, möglicherweise verkorkst haben.

Roman Buff und Kaspar Hug, sie brauchen auch nicht, wie sie schreiben, beängstigt zu sein, wenn ihnen die Haltung des Stadtrats als ruhig und gelassen erscheint. Arbon braucht in der aktuellen Situation keinen politischen Aktionismus. Was sagt ein altes Sprichwort: „Aus der Ruhe kommt die Kraft“. So gesehen nehme ich ihre Wahrnehmung der Haltung des Stadtrats gerne als Kompliment entgegen und versichere ihnen, dass der Stadtrat und die Sozialen Dienste ihre Schaffenskraft einsetzen, das Richtige zu tun und den zu Verfügung stehenden Handlungsspielraum zu erkennen und im Sinne der Zweckbestimmungen zu nutzen.

Ich freue mich auf eine konstruktive Diskussion im September.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation.

://: **Mit 17 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Interpellation als dringlich erklärt** und an der nächsten Parlamentssitzung vom 23. September 2014 traktandiert.

Da keine weitere Diskussion gewünscht wird, ist die Traktandenliste wie vorliegend genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 03. Juni 2014

- Kommissionsbericht von Lukas Graf, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK) zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung 2013 der Stadt Arbon.

Per E-Mail am 26. Mai 2014

- Parlamentsprotokoll der 23. Sitzung vom 13. Mai 2014

Mit Sonderversand per Post am 8. April 2014

- Botschaft Jahresbericht und Jahresrechnung 2013
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2013

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 13. Mai 2014 ist seit dem 6. Juni 2014 im Internet aufgeschaltet.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung ist, wie erwähnt, eine Dringliche Interpellation von Roman Buff EVP und Kaspar Hug, CVP betreffend „Explodierende Kosten Soziale Dienste“ eingegangen und geht nun in Zirkulation.

Zusätzlich ist eine Einfache Anfrage von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso betreffend „Sozialhilfekosten“ eingegangen.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Hanspeter Belloni: Beschlüsse der Einbürgerungskommission: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer Sitzung vom 10. Juni 2014 fünf Personen ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen. Es sind dies:

- Kerellaj-Dauti Nurije, 1983, kosovarische Staatsangehörige
- Ljuma Arsim, 1984, mazedonischer Staatsangehöriger
- Murad Yomna, 1992, irakische Staatsangehörige
- Muthukumar Jathursan, 1993, srilankischer Staatsangehöriger
- Zulji Enisa, 1995, serbische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Abgelehntes Gesuch

Da eine Person nicht alle Anforderungen für die Einbürgerung erfüllte, (die schriftliche Prüfung wurde zweimal nicht bestanden) wurde diese nicht ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen.

Im Moment liegen noch 3 pendente, behandlungsreife Gesuche von 9 Personen vor, Voraussetzung ist wiederum das Bestehen der schriftlichen Prüfung. Weitere 10 Gesuche von 12 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Danke Hanspeter Belloni für die Mitteilungen.

2. Jahresbericht und Jahresrechnung 2013 der Stadt Arbon

Eintreten, Detailberatung, Beschluss

Präsidentin Christine Schuhwerk: Der Stadtrat hat am 31. März 2014 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2013 verabschiedet. Diese liegen nun zur Genehmigung vor.

Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2013 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2013, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.
3. Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2013 von Fr. 1'311'336.34 sei dem Eigenkapital zu belasten.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, die Anträge des Stadtrates vom 31. März 2014 zu genehmigen.

Wir kommen zum Eintreten. Ich erinnere sie daran, dass das Eintreten obligatorisch ist. Ich übergebe das Wort Lukas Graf, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK).

Lukas Graf, FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2013 in drei Sitzungen geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt, den sie mit dem Versand vom 3. Juni 2014 erhalten haben. Der Bericht enthält alle für die FGK wesentlichen Aspekte des Jahresberichts und der Rechnung sowie die wichtigsten Fragen der Kommission und die entsprechenden Antworten des Stadtrates. Um Wiederholungen auf ein Minimum zu reduzieren, auch im Hinblick auf meine Nachredner, gehe ich hier nur auf die wichtigsten Punkte ein.

Das Defizit in der Laufenden Rechnung im Umfang von 1,3 Mio. Franken ist knapp Fr. 230'000.-- höher als budgetiert. Der Hauptgrund für dieses unerfreuliche Ergebnis ist die Kostenexplosion im Bereich Soziale Wohlfahrt, wo der Nettoaufwand um fast einen Drittels höher war als im Budget vorgesehen. Bei der öffentlichen Sozialhilfe, wo rund die Hälfte der Kosten des Bereichs anfallen, sind die Aufwände gegenüber dem Voranschlag sogar um 60 Prozent gestiegen. Das Budget 2013 war diesbezüglich deutlich zu optimistisch, zumal die Nettoaufwände in der Rechnung 2012 höher waren als im Voranschlag 2013.

Ohne die Einsparungen in den Bereichen Allgemeine Verwaltung, Kultur und Freizeit, Verkehr, Umwelt und Raumordnung und Volkswirtschaft sowie die Mehrerträge bei den Steuereinnahmen wäre der Fehlbetrag allerdings noch um über 1.7 Mio. Franken grösser. In den meisten funktionalen Hauptbereichen konnte der Nettoaufwand dank der strikten Kostendisziplin der Stadtverwaltung nicht nur gegenüber dem Budget, sondern auch gegenüber der Rechnung 2012 gesenkt werden. Dies, und natürlich die Entwicklung der Steuereinnahmen, ist höchst erfreulich. Andererseits heisst dies aber auch, dass der Spielraum für Einsparungen, die direkt von der Stadt beeinflusst werden können, nicht mehr allzu gross sein dürfte. In diesem Zusammenhang hat die FGK für die Prüfung der Rechnung 2013 eigentlich erwartet, dass ihr bereits erste Resultate aus der laufenden Aufgaben- und Leistungsüberprüfung vorgelegt würden.

Dies wurde uns im Herbst des letzten Jahres in Aussicht gestellt. Leider war der Prozess laut Stadtrat dazu noch nicht genügend fortgeschritten. Wir bitten den Stadtrat, die FGK umgehend zu informieren, sobald erste substantielle Ergebnisse aus dieser Überprüfung vorhanden sind.

Von den budgetierten Investitionen im Umfang von 16,7 Mio. Franken konnten im Berichtsjahr lediglich 10,5 Mio. Franken realisiert werden. Insgesamt fielen die Abschreibungen in der Laufenden Rechnung dadurch um Fr. 432'000.-- geringer aus als budgetiert. Auch wenn der Anteil der realisierten Investitionen mit 63 Prozent höher war als auch schon und es sich bei den 10,5 Mio. Franken um einen neuen Investitionsrekord handelt, sollte es nach Ansicht der FGK möglich sein, das Investitionsvolumen genauer vorauszusagen. Auf diese Problematik haben wir an dieser Stelle bereits vor einem Jahr hingewiesen.

Die FGK hat den Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Kenntnis genommen und dankt der RPK für die geleistete Arbeit. Die RPK empfiehlt, den Jahresbericht und die Jahresrechnung uneingeschränkt zu genehmigen und lobt erneut die effiziente und kompetente Führung des Finanz- und Rechnungswesens sowie die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die von der RPK hervorgehobenen Prüfpunkte respektive Pendenzen wurden von der FGK zur Kenntnis genommen.

Im Namen der FGK danke ich dem Stadtrat und der Finanzverwaltung für die offene und effiziente Zusammenarbeit. Meinen Kolleginnen und Kollegen danke ich für die engagierte Mitarbeit.

Die FGK empfiehlt ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen sowie den Aufwandüberschuss von Fr. 1'311'336.34 dem Eigenkapital zu belasten.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Einmal mehr erhalten wir auf 140 Seiten eine saubere und umfassende Berichterstattung über das Jahr 2013 der Stadt Arbon. Im Namen der CVP/EVP-Fraktion möchte ich mich beim Stadtrat, der Verwaltung und auch bei der FGK für die geleistete Arbeit bedanken. Ich möchte auf die für uns drei wichtigsten Punkte im Berichtsjahr 2013 eingehen:

1. Sozialkosten: Auch uns macht die Explosion der Kosten im Bereich Soziales grosse Sorgen. Ich möchte noch einmal betonen, wie kann es sein, dass innerhalb von nur 12 Monaten völlig überraschend 1,6 Mio. Franken an Mehraufwänden in diesem Bereich anfallen? Noch schlimmer: Für uns wird zu wenig ersichtlich, welche konkreten Massnahmen / Schritte der Stadtrat einleitet, um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Stattdessen verhält sich der Stadtrat unserer Meinung nach erstaunlich zurückhaltend und ruhig. Das hat nichts mit politischem Aktionismus zu tun, Hans Ulrich Züllig. Ich glaube, das beschäftigt die Arboner Bevölkerung. An dieser Stelle vielen Dank für die Dringlichkeitserklärung der Interpellation. Mit kritischen Fragen an den Stadtrat soll durch diese Interpellation eine Diskussion forciert werden, die endlich geeignete Gegenmassnahmen vom Stadtrat erkennen lässt.

2. Steuereinnahmen: Die Steuereinnahmen haben sich auch in diesem Jahr höchst erfreulich entwickelt. Bemerkenswert, seit der Finanzkrise sind die Steuereinnahmen in Arbon trotz unverändertem Steuerfuss kontinuierlich gewachsen und liegen heute gesamthaft um über 20 Prozent höher als noch im Jahr 2009. Dies wiederspiegelt die gute Konjunktur und positive Entwicklung von Arbon. Dennoch kann es nicht sein, dass jedes Jahr die unerwartet positiven Steuererträge zum Abfedern von Aufwandsüberschüssen in anderen Bereichen verwendet werden. Ein gefährliches Spiel, entwickeln sich die Steuereinnahmen einmal nachteilig für Arbon, kann dies gravierende Folgen für unseren Finanzhaushalt haben.

3. Investitionen: Wie aus dem Bericht der FGK hervorgeht, und wie es Lukas Graf bereits gesagt hat, wurden im vergangenen Jahr nur geplante Investitionen in der Höhe von 63 Prozent getätigt. Zu den bereits anstehenden Investitionen in den nächsten Jahren dürften damit weitere nichtgetätigte Investitionen wie Dreifachsporthalle, Staats- und Gemeindestrassen oder Kanalisationen hinzukommen. Der Spielraum des Stadtrates wird dadurch weiter eingeschränkt. Nicht zu vergessen sind auch die Abschreibungen, die aufgrund von nichtgetätigten Investitionen zusätzlich in den nächsten Jahren drücken werden.

Fazit: Die Rechnung 2013 mit einem Aufwandsüberschuss über 1,3 Mio. Franken macht deutlich, die Finanzlage in Arbon bleibt angespannt. Wir alle werden bei der Budgetierung 2015 gefordert sein, mit entsprechenden Massnahmen die Einnahmen und Ausgaben unserer Stadt in vernünftigen Einklang zu bringen. Die CVP/EVP-Fraktion befürwortet die Anträge des Stadtrates einstimmig, wird aber in der Detailberatung weitere Punkte einbringen.

Andreas Grubelnik, SP-Gewerkschaften-Juso: Als FGK-Mitglied unserer Fraktion präsentiere ich Ihnen unsere Stellungnahme zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung. Zuerst möchten wir dem Stadtrat, der Verwaltung und den städtischen Angestellten danken für die geleistete Arbeit und die saubere Rechnungsführung. Speziell wieder einmal ein Dankeschön an Mischa Vonlanthen, der unsere Sitzungen begleitet und mit seiner Kompetenz und seiner Offenheit viele Fragen schon während der Sitzung beantworten kann und so Zeit und Geld sparen hilft, das ja leider bei diesem Rechnungsabschluss so dringend fehlt.

Es ist schon gesagt worden, die Soziale Wohlfahrt bringt in dieser Rechnung einiges durcheinander und es besteht dringender Handlungsbedarf. Die Kosten steigen unentwegt und es ist zur Zeit keine Lösung in Sicht. Aber rechtfertigt das Panikmache und überstürzten Aktionismus? Wir meinen nein. Die Finanzen der Stadt Arbon lassen es zu, dass seriös und konsequent, aber in aller Besonnenheit Lösungsansätze gesucht und nachhaltig umgesetzt werden. Jetzt gleich das Kind mit dem Bad auszuschütten und die Errungenschaften der letzten hundert Jahre in der sozialen Wohlfahrt abschaffen zu wollen, dünkt mich doch eher publikumswirksam als effektiv.

Im Zusammenhang mit der massiven Budgetüberschreitung und den massiv gesteigerten Kosten im Sozialbereich wäre es unserer Meinung nach aber trotzdem an der Zeit, dass dies auch einmal klarer und anschaulicher begründet wird als nur mit „die IV und die ALV haben halt die Kosten auf die Gemeinden abgewälzt, oder die Fälle sind komplexer geworden“. Was bedeutet, sie sind komplexer geworden? Fallbeispiele, natürlich anonymisiert, wären da möglicherweise für die Bevölkerung und auch für uns Parlamentarier verständlicher.

Noch eine Frage: Wieso schenken die Rentenreformen der IV und der ALV gerade in Arbon so ein? Wir wissen um die Problematik des hohen Steuerfusses und der doch vergleichbar niedrigen Mieten. Gutsituierte werden bei der Standortwahl am Bodensee eher Horn Arbon vorziehen, da sie hohe Mieten nicht schrecken, aber ein hoher Steuerfuss, während eher bescheidener Verdienende Arbon vorziehen, da es hier noch günstigen Wohnraum gibt. Dies ist ein strukturelles Problem, das sich nicht so einfach lösen lässt. Zurzeit scheint es so, als ob Wohnungsbau für die gehobene Mittelklasse die Lösung des Problems sei. Überall wird gebaut und die attraktiven Wohnlagen am See sind begehrt und heiss umkämpft. Nützt das aber auch der Stadt Arbon? Wirkt sich das auf den Steuertrag aus? Anscheinend nicht.

Schon in der letzten Rechnung und auch in der aktuellen verliert Arbon Steuerkraft durch die Migration. Es ist also nicht so, dass die neuen Wohnungen von neuen potentiellen Steuerzahlern gekauft oder gemietet werden. Möglicherweise ist es auch nur eine Migration innerhalb von Arbon. Die Leute leisten sich aufs Alter eine schöne Eigentumswohnung, ihre alte Wohnung wird frei und der Nettozuzüger ist vielleicht nicht so reich, wie sich das einige ausgerechnet haben. Ist es in diesem Kontext wirklich sinnvoll, so wie bisher weiter zu bauen und das Seeufer gänzlich zuzupflastern?

Die Stadt hat ein hohes strukturelles Defizit, also ein Defizit, das Jahr für Jahr eintritt, wenn nichts geändert wird. Was ist zu tun? Die FGK hat vom Stadtrat verlangt, eine Leistungsüberprüfung vorzunehmen und bis zur Rechnung 2013 mögliches Sparpotential aufzudecken, am besten in Zusammenarbeit mit externen Experten. Gemäss Stadtrat hat sich dies verzögert, unter anderem wegen der externen Unterstützung, die wir aber trotzdem begrüssen. Als Fraktion erwarten wir jetzt vom Stadtrat einen konkreten Termin, wann er gewillt ist, dieser Forderung nachzukommen. Die Sparvorschläge müssen dem Parlament noch vor dem Budget 2015 vorliegen, damit sie diskutiert und ins Budget integriert werden können. Trotz aller Bedenken befürwortet unsere Fraktion einstimmig die Anträge des Stadtrates und der FGK und empfiehlt Ihnen, diese anzunehmen.

Silke Sutter Heer, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion möchte ich vorab allen Beteiligten, also dem Stadtrat und den Mitarbeitern der Verwaltung, für die stets offene und professionelle Zusammenarbeit und der FGK für die Vorarbeit danken.

Ein Defizit war für 2013 budgetiert. Es ist mit rund 1,3 Mio. Franken um fast Fr. 230'000.-- höher ausgefallen als erwartet. Wir haben es gehört und gelesen, in fast allen Bereichen wurde haushälterisch gewirtschaftet, sogar gespart, das Investitionsbudget wurde klar unterschritten und damit der Abschreibungsaufwand reduziert, weiter gestiegen sind die Sozialausgaben. Gerettet haben die Arboner Finanzen die Steuereinnahmen, die 1 Mio. Franken höher waren als budgetiert. Damit sind wir wohl gerade noch mit einem blauen Auge davon gekommen.

Es ist wohl allen klar, die Arboner Finanzen bleiben eine grosse Herausforderung. Vor einem Jahr wurde hier in diesem Parlament die Motion von Cyril Stadler, FDP, zur „Einführung eines Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes (IAFP)“ mehrheitlich abgelehnt. Mittlerweile dämmert aber wohl allen Verantwortlichen, dass es nicht im alten Trott weitergehen kann. Wir werden nicht darum herum kommen, uns Rechnung darüber abzulegen, was die Erfüllung der einzelnen Aufgaben tatsächlich kostet. Nur wenn wir diese Zahlen kennen, können wir darüber entscheiden, welche Aufgaben von der Stadt weitergeführt, aufgegeben, reduziert oder outgesourct werden sollen. Das Parlament wird darüber zu entscheiden haben, was wir uns künftig leisten wollen und können und was nicht, genau wie es das in der Vergangenheit getan hat und damit die Verantwortung für ein allfälliges Defizit oder einen allfälligen Gewinn zumindest teilweise mitträgt.

Das Parlament wird in zweiter Instanz nach dem Stadtrat also die Chance und Aufgabe erhalten, die nicht gebundenen Ausgaben der Stadt zumindest kritisch zu hinterfragen. Keine Lösung wird sein, diese Diskussion im Keim zu ersticken und damit nolens volens eine Steuererhöhung faktisch notwendig zu machen. Dies ist für die FDP-Fraktion der worst case und kann erst diskutiert werden, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgereizt wurden. Auf den Punkt gebracht, wird es nicht mehr reichen, auf noch höhere Steuereinnahmen zu hoffen. Wir müssen vielmehr darüber nachdenken, welche freiwillig gewählten Aufgaben wir uns derzeit noch leisten können und wollen. Es nützt nichts, wenn wir hiervor einfach die Augen verschliessen und weitermachen wie bisher. Ein Beispiel: ein Blick in die Rechnung zeigt, dass beim Schloss Arbon hohe Renovationskosten anfallen, während die Mieteinnahmen stetig gesunken sind. Es reicht nun nach Ansicht der FDP Fraktion nicht, einfach auf neue Mieteinnahmen und Mieter zu hoffen, vielmehr müssen neue Nutzungen angedacht werden.

Es ist bedauerlich, dass die höheren Steuereinnahmen durch die Mehrausgaben bei den Sozialausgaben pulverisiert werden. Nicht akzeptabel ist, dass der Lastenausgleich dagegen des Kantons nur marginal gestiegen ist. Die Kantonsräte aus Arbon zusammen mit denjenigen der anderen Zentrumsgemeinden müssen sich endlich dafür einsetzen, dass der finanzielle Ausgleich für die Wahrnehmung der sozialen Aufgaben durch die Zentrumsgemeinden durch die Aussengemeinden, die sich primär mit ihrem tiefen Steuerfuss brüsten, stattfindet.

Die Ursachen der hohen Sozialausgaben werden wohl fundiert mit der Beantwortung der Interpellation zu den Sozialausgaben durchleuchtet werden. Eine Überprüfung der Sozialen Dienste hat jedoch deutlich gezeigt, dass in Arbon nicht einfach Geld nach Güttdünken verteilt wird. Wenig bis gar nichts wurde bisher mit unqualifizierten Schuldzuweisungen an die ausführende Verwaltungsstelle erreicht. Der Anstieg der Sozialausgaben in fast allen Städten zeigt, dass das Problem auch nicht hausgemacht ist. Statt imaginärer Einsparmöglichkeiten braucht es ein faires Ausgleichsmodell zwischen den Gemeinden, das nicht einfach das Problem den Zentrumsgemeinden zuschiebt, während die anderen indirekt davon profitieren. Und mit diesem Aufruf sind wirklich die Kantonsräte aufgefordert, dieses Thema nun im Kantonsrat anzugehen, weil dort die einzige Möglichkeit, diesen Ausgleich tatsächlich zu erreichen, liegt.

Die Rechnung ist unsere Vergangenheit, das nächste Budget die Herausforderung, die in nächster Zukunft auf uns wartet und wo wir vieles besser machen können. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrates einstimmig.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Vorlage des ausführlichen Jahresberichts und der Jahresrechnung 2013.

Ein Defizit wurde gemäss Budget erwartet. Es wurde jedoch diesmal nicht einmal von den stets zu tief budgetierten Steuereinnahmen aufgefangen. Diesmal waren die Steuereinnahmen über 1 Mio. Franken höher als budgetiert.

Der Hauptverursacher ist der Bereich Soziale Wohlfahrt. Er schaffte die Sensation, mit 8,15 Mio. Franken ganze 2 Mio. Franken mehr auszugeben als budgetiert. Der Einwand, dies sei vor allem der Kostenabwälzung vom Bund auf die Gemeinden zuzuschreiben, gilt für alle Gemeinden gleichermassen und ist in Arbon nicht alleiniger Grund für diese Kostenexplosion.

Sind die diversen teuren Leistungsvereinbarungen und Leistungsausdehnungen, die der Leiter Soziales ausarbeitet und vorschlägt, einfach wirklich zu viel für unsere Stadt? Hätte nicht der Stadtammann und der zuständige Stadtrat schon im Laufe des Jahres intervenieren müssen? Die SVP-Fraktion hat immer wieder auf die zu hohen Kosten hingewiesen und ist sich sicher, dass im Bereich Soziale Wohlfahrt einiges Sparpotenzial liegt, ohne dass die wirklich hilfebedürftigen Bürger darben müssen. Hier ist der Stadtrat stark gefordert. Die SVP hat schon beim Voranschlag 2014 darauf hingewiesen, dass diese Thematik zur Chefsache erklärt werden muss.

Da hat man einen teuren Sozialbericht erstellen lassen, der lediglich bestätigt, dass die Arbeit korrekt erledigt wird und die Dossier-Führung in Ordnung ist. Dies ist im Parlament nicht angezweifelt worden. Die Fragestellung einer Überprüfung war völlig unbefriedigend und hätte viel mehr lauten müssen, was ist gesetzlich vorgeschrieben und notwendig, was ist wünschenswert und können und wollen wir uns leisten. Eine Priorisierung mit Blick auf die Kosten ist absolut notwendig.

Wir können definitiv nicht mehr so weiterwirtschaften. Es sind in diesem Ressort nun wirklich harte Massnahmen erforderlich.

Die SVP begrüßt den Entscheid des Stadtrates, die Leistungsüberprüfung endlich durchzuführen. Versprochen wurde sie uns bereits auf die Präsentation der Rechnung hin. Wir erhoffen uns einiges von der externen Begleitung dieser Überprüfung. Sinnvoll und bürgerfreundlich soll sie sein, nicht blindlings alles zusammenschlagen, was jahrelang aufgebaut wurde. Hier müssen wir anmerken, dass unsere Fraktion mit Befremden zur Kenntnis nimmt, wie die städtische Kommunikation funktioniert, wenn einzelne Beispiele genannt werden und wenn man dann im Strandbad von fremden Gästen hören muss, dass die Stadt das Strandbad verkaufen will. Dies alles, bevor das Parlament informiert wurde und bevor überhaupt klar ist, welche Massnahmen getätigt werden.

Der Jahresbericht ist wiederum sehr aufschlussreich. Beim Personalaetat sind wir auf die Rechnung 2014 gespannt, da uns ja versprochen wurde, dass die zusätzliche 50 Prozent Stelle für Wirtschaftsförderung im Ressort Präsidium kostenneutral sein wird.

Immer noch offen ist das Projekt Friedhofsgärtnerhaus. Hier liegt ein Volksentscheid vor. Es geht nicht an, dass der Stadtrat den Volkswillen übergeht. Wenn er in der Beantwortung der Frage der FGK schreibt, „sofern an diesem Standort gebaut werden kann, wird lediglich ein Werksgebäude erstellt. Auf ein Wohnhaus wird verzichtet“, ist dies eine klare Verletzung des Volkswillens. Stadtrat Patrick Hug hat uns vor den letzten Wahlen versprochen, dass nach den Wahlen eine Volksabstimmung darüber stattfinden wird. Dies ist immer noch nicht gemacht und wir stehen bereits vor den nächsten Wahlen, also sind bald wieder vier Jahre vorbei. Nochmals, man kann sich auch als Stadtrat von Arbon nicht einfach über einen Volksentscheid hinwegsetzen.

Die Zusammensetzung der Fachgruppe Verkehr befriedigt die SVP keineswegs. Es ist weder ein Parlamentsmitglied noch eine Vertretung der Fussgänger und eine solche der Velofahrer aufgenommen worden. Die Gewichtung ist mit vier Personen aus dem Stadthaus und zwei Transportunternehmern befremdend. Dies trägt nicht gerade zur bürgernahen Umsetzung von Verkehrsfragen bei. Ein Parlamentsmitglied könnte als Verbindung zur Exekutive grosse Diskussionen vermeiden helfen und wäre bürgerfreundlicher.

Es erstaunt auch, dass im Bereich Kultur a-conto Zahlungen gemacht werden für eine Arbonale, die erst im Herbst 2014 stattfinden soll. Offensichtlich stehen dieser Position keine Leistungen gegenüber. Da stellt sich schon die Frage nach der Rechtmässigkeit, wenn es nur darum geht, dass im 2014 das Budget nicht höher sein soll.

Auch als problematisch empfindet die SVP die hohen nicht getätigten Investitionen. die Budgetierung der Investitionen ist sicherlich nicht einfach. Es sollte aber vor allem bei den Strassen und Kanalisationen genauer festgelegt werden, was gemacht werden kann auch vom Arbeitsvolumen her. Es verfälscht das jeweilige Budget massiv mit den bereits zu berücksichtigenden Abschreibungen.

Erfreulich hingegen ist, dass die Steuerkraft pro Einwohner erneut gestiegen ist auf Fr. 1'754--. Die Nettoschuld pro Einwohner allerdings ist ebenfalls von Fr 1'051-- auf neu Fr. 1'635-- angestiegen. Dies ist der höchste Wert seit 20 Jahren. Die Abschreibungslast ist ebenfalls stark gestiegen von Fr. 1'591-- auf Fr. 2053-- pro Einwohner. Hier zeigt sich klar, dass die Investitionen uns noch jahrelang belasten mit den Abschreibungen und vor diesem Hintergrund ist es absolut wichtig, Notwendiges von Wünschbarem zu trennen, wie es die SVP immer wieder betont und nochmals betont hat.

Abschliessend möchte ich noch anfügen, dass es der SVP bewusst ist, dass es ein Balanceakt ist, mit so hohen Investitionen, wie sie die NLK notwendig machte, die Finanzen im Griff zu haben. Wir haben alle gewusst, dass uns die NLK stark belasten wird. Es ist deshalb der Zeitpunkt gekommen, im finanziellen Engpass weitsichtig mit den Finanzen umzugehen und nicht nur die jetzige Legislatur als Massstab zu nehmen. Wir appellieren an den Stadtammann, nun die nötigen Schritte in der Abteilung Soziales einzuleiten. Unsere Stadt kann und soll nicht eine Wohlfühloase für Sozialfälle sein. Sie soll die gesetzlichen Aufgaben in diesem Bereich erfüllen, dann werden auch die Kosten erträglich sein.

Einzelne Mitglieder unserer Fraktion haben aufgrund des äusserst grossen Defizits grosse Mühe, dieser Rechnung zuzustimmen. Die ganze Fraktion der SVP wird aber bei der Leistungsüberprüfung und im Budgetprozess ein wachsames Auge behalten.

Nochmals herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung für die Arbeit, die sie das ganze Jahr für unsere Stadt leisten.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Aus Gründen der Verständlichkeit werde ich in der Regel bei meinen zusätzlichen Ausführungen auf die männliche Form in meinen gesamten Referaten verzichten. Ich möchte deshalb explizit darauf hinweisen, dass die weibliche Form in diesem Fall als geschlechtsneutral zu verstehen ist.

Silke Sutter Heer hat in ihrem Eintreten, ihrem Referat für die FDP, an die Arboner Kantonsrättinnen appelliert, sich beim Kanton für einen besseren Lastenausgleich einzusetzen. Silke Sutter Heer, richte doch diesen Appell an deine Parteikolleginnen, die sind es nämlich, die jegliche Vorstösse auf kantonaler Ebene torpedieren und sagen, „ja, wir wollen den tiefen Steuerfuss und ihr kostet bitte eure hohen Sozialkosten vollständig aus“. Ich weiss, das nicht nur wir Sozialdemokrinnen, sondern auch die übrigen Kantonsrättinnen von Arbon immer bei den Vorstösse zu einem besseren Lastenausgleich, zu Gunsten der stärker betroffenen, grossen Gemeinden, wie Arbon oder Kreuzlingen, da mitgestimmt haben. Es waren immer die Freisinnigen, die da opponiert haben und solche Anträge zu Fall gebracht haben.

Nochmals, ich bitte dich, liebe Silke Sutter Heer, formuliere diese Forderung an die Kantonsrättinnen der FDP, und ich bin dann gespannt, wie der Rat dann das nächste Mal in Frauenfeld entscheidet.

Roland Schöni, SVP: Meine Fraktionskollegin hat es erwähnt, dass nicht alle Mitglieder von der SVP mit dieser Rechnung einverstanden sind. Ich verschärfe hier den Ton und komme wieder auf Arbon zurück. Ich kann und werde dieser Jahresrechnung nicht zustimmen. Ich spreche hier vor allem die Soziale Wohlfahrt und speziell die massive Budgetüberschreitung im Sozialhilfebereich an. Die Kosten sind total aus dem Ruder gelaufen und dafür ist der Stadtrat verantwortlich.

Die Stadt spricht von einem Einnahmerekord bei den Steuereinnahmen und bringt es selber ebenfalls zu einem Rekord bei den exorbitanten Sozialhilfeausgaben. Gleichzeitig wird festgehalten, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren nur unwesentlich zugenommen hat. Es werden gesetzliche Veränderungen bei den Sozial- und Krankenversicherungen vorgeschoben, welche andere vergleichbare Gemeinden ebenfalls zu bewältigen haben, aber nie eine solche Budgetüberschreitung von mehr als 1 Mio. Franken aufweisen.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sind damit zu erklären, dass die zuständigen Stadträte keine harten Entscheide mehr treffen wollen und der Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. Wenn es gut läuft, sonnen sich die Politiker und wenn es schlecht ausgeht, sind Angestellte und Chefbeamte schuld. Für mich stehen nicht die Angestellten des Sozialamtes am Pranger, weil ich überzeugt bin, dass diese gute Arbeit leisten und die Knochenarbeit machen. Es geht um die politische Führungsverantwortung durch die Stadträte, namentlich dem Ressortchef Hans Ulrich Züllig. Und ebenfalls in der Verantwortung steht unser Finanzchef Patrick Hug, der solche Zahlen einfach hinnimmt. Es scheint mir, als lasse man es einfach so treiben. In der Ruhe liegt die Kraft, sagt der Stadtrat, aus dem Schlaf schöpft man ebenfalls Kraft, man sollte aber auch wieder aufwachen. Es scheint mir ein Stadtrat, der in sich ruht. Es fehlt mir an der Härte in dieser Thematik. Man stellt keine Fragen mehr, sondern wartet nur auf die Antworten der anderen, die es zu erklären versuchen. Man ist nicht bereit sich der Konfrontation zu stellen und die Linie vorzugeben. Hart sein, damit genug für die übrig bleibt, die Sozialhilfe wirklich brauchen.

Es geht um die politische Führungsverantwortung durch die Stadträte. Sie haben dieses Amt gesucht, haben es gewollt und müssen daher auch meine Kritik anhören. Ich bin überzeugt, dass man die Kosten wieder einigermassen in den Griff bekommt, wenn man bereit ist, die Linie vorzugeben. Ich höre die Einwände schon, dann sollen es die doch besser machen und Vorschläge bringen. Wir von der SVP haben Vorschläge und die bringen wir auch, aber nicht heute. In der Detailberatung sage ich nichts, weil das Geld ja schon weg ist. Danke, dass sie mir überhaupt zugehört haben.

Claudia Zürcher, FDP: Ich möchte jetzt doch noch gerne Peter Gubser eine Antwort geben oder meine Meinung kundtun. Erstens ist es mir etwas missfallen, dass du die weibliche Form genommen hast. Ich nehme an, dass wenn wir kein Defizit hätten, wäre es die männliche Form gewesen. Das ist so wie bei den Sturmtiefs, die ziemlich heftigen Stürme sind Katharina oder so, ich fühle mich geschmeichelt. Zum anderen, ich weiss nicht genau, wie viele FDP-Angehörige im Kantonsrat sitzen, aber wenn es die gleiche Verteilung ist wie in diesem Raum, denke ich, die übrigen Mitglieder hätten genug Kraft zum etwas dagegen zu wirken.

Vizestadtammann Patrick Hug, CVP: Ich danke ihnen für die Voten zur Jahresrechnung 2013 und insbesondere für die anerkennenden Worte für Umfang und Inhalt des Geschäftsberichts 2013. Der Stadtrat dankt insbesondere auch der FGK für die konstruktive Zusammenarbeit.

Die Rechnung 2013 der Stadt Arbon weist drei Rekordwerte auf, das ist richtig, Roland Schöni. Es wurde bereits erwähnt: Bei den Steuereinnahmen, bei den Investitionen und bei der öffentlichen Sozialhilfe. Angesichts der angespannten Finanzlage erzielten Stadtrat und Verwaltung aber gegenüber dem Budget 2013 und auch gegenüber der Rechnung 2012 praktisch bei allen Aufwandpositionen zusätzliche Einsparungen. Auch die FGK würdigt in ihrem Bericht diese gute Ausgabendisziplin.

Rein rechnerisch ist das Defizit von 1,3 Mio. Franken auf den Mehraufwand bei der öffentlichen Sozialhilfe zurückzuführen: Wären diese nicht 1,6 Mio. Franken über Budget gelegen, hätte gar ein Überschuss von Fr. 300'000.-- resultiert. Bei der Erstellung des Budgets 2013 im September 2012 war der Anstieg der öffentlichen Sozialhilfe in diesem Ausmass aber nicht voraussehbar. Rückblickend betrachtet wurde aber das Budget 2013, das rund Fr. 500'000.-- unter der Rechnung 2012 liegt, zu tief angesetzt. Ich möchte aber heute nicht den Antworten auf die dringliche Interpellation vorgreifen, Elisabeth Tobler, nur soviel, auch an die Adresse von Roland Schöni: Der Stadtrat legt die Hände nicht in den Schoss, sondern wird die Kostenexplosion im Sozialhilfewesen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einzudämmen versuchen.

Nicht alle budgetierten Investitionen konnten umgesetzt werden. Die Minderinvestitionen, Philipp Hofer, sind einerseits durch äussere Einflüsse wie Einsprachen und Bauverzögerungen begründet. So wurde durch die Bauverzögerung bei der Dreifachsporthalle die zweite Beitragszahlung in der Höhe von 2,5 Mio. Franken noch nicht fällig. Bei verschiedenen Projekten konnten andererseits günstigere Vergabepreise bei den Arbeiten erzielt werden. Und angesichts des sich abzeichnenden Defizits wurden im Laufe des Jahres verschiedene Arbeiten zurückgestellt, um das Rechnungsergebnis nicht noch zusätzlich zu belasten. Der Stadtrat hat im Hinblick auf das Budget 2015 gerade auch bei den Investitionen eine klare Priorisierung auf das absolut Notwendige vorgenommen: Angesichts des sinkenden Selbstfinanzierungsgrades wurde das Investitionsbudget 2015 in einer ersten Lesung im Vergleich zu den Jahren 2013 und 2014 deutlich gesenkt.

Die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung schliesslich erfordert mehr Zeit als ursprünglich angenommen. Dies liegt im Umstand begründet, Lukas Graf, dass sich der Stadtrat nun doch extern beraten und begleiten lässt, was auch ein Anliegen der FGK war. Wir stellen dabei sämtliche Aufwand- und Ertragspositionen auf den Prüfstand. Der Stadtrat hat aber keinen Beschluss gefasst, dass er das Strandbad verkaufen möchte, Elisabeth Tobler. Stadtammann Andreas Balg wird ihnen beim Traktandum „Informationen aus dem Stadtrat“ weitere Details zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung bekanntgeben.

Zum Schluss noch ein Blick in die laufende Rechnung 2014: Die Steuereinnahmen, Andreas Grubelnik, steigen im Vergleich zum Vorjahr weiter an, hier sind wir auf Budgetkurs. Und die öffentliche Sozialhilfe bewegt sich per Ende Mai 2014 in etwa auf der Höhe des Vorjahres. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir schliessen das Eintreten ab und kommen zur materiellen Beratung. In der materiellen Beratung werden wir zuerst den Jahresbericht beraten und darüber abstimmen, anschliessend die Jahresrechnung beraten und ebenfalls abstimmen

Wir beginnen mit der Beratung des Jahresberichts ab Seite 8:

Bericht des Stadtparlaments

Seite 8 bis 11

Ressort Präsidium

Seite 12 bis 19

Luzi Schmid, CVP/EVP: Seite 13: Wir haben beim Eintreten einige Male gehört, dass ein sauberer Bericht, ein umfassender Bericht vorliegt, aufschlussreich. Für diese Seite 13 gilt meiner Meinung nach diese Aussage nicht. Es wurde schon x Mal verlangt, dass nicht nur die Prozent-Stellen und nicht nur die Anzahl Angestellte hier abgedruckt wird, sondern auch die Besoldungszahl selbst. Weiter hinten liest man dann von etwa 11,6 Mio. Franken Besoldungskosten, die jedes Jahr anfallen. Aber die müssen doch hier aufgelistet werden, welche Ressorts, welche Abteilungen, welche Lohngehaltung, welche Altersstrukturen, wie die Sozialleistungen, wie die Pensionskassen bezahlt werden, das wären interessante Zahlen. Ich bitte auch die FGK, dass sie endlich Druck machen, dass bei der nächsten Rechnung solche Zahlen zusätzlich zum Personenstand, zum Etat aufgelistet werden.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

Ressort Einwohner / Sicherheit

Seite 20 bis 27

Luzi Schmid, CVP/EVP: Seite 23 Friedhof: Hier wurde schon beim Eintreten darauf hingewiesen. Wir lesen ja beim Bericht, dass eine Einsprache hängig ist. Ich möchte gerne vom Stadtrat wissen, was nach dieser Bereinigung der Einsprache passiert. Meine Meinung, eine Volksabstimmung hier, das muss der Stadtrat entscheiden, aber da liegt Geld, das man versilbern könnte, wenn man diese Rebenstrasse 70 jetzt dann verkaufen könnte. Wenn man darauf einen Parkplatz einrichten würde, das wäre wirklich Geldverschwendungen. Und ich möchte wissen, wie es weiter geht, ob man die Idee hat, dieses Werkgebäude auf dem Friedhof oder auf dieser umzuzonenden Parzelle zu errichten. Kann ich eine Antwort haben, wie da geplant wird, weiterzumachen?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich gebe dir gerne eine Vorantwort auf eine Frage, die in der heutigen Fragerunde gestellt wird. Ich bin bereits vorbereitet, auch wenn diese Frage von dir, Luzi Schmid, jetzt spontan kommt. Dieser Rekurs ist hängig. Dieser macht vieles davon abhängig, wie der Stadtrat weiter gehen kann. Es ist gesagt worden, es liegt ein gültiger Volksentscheid vor, aber die Situation hat sich insofern gewandelt, dass die heutige Erkenntnis eigentlich sagt, dass wir nicht mehr unbedingt ein Friedhofswerkgebäude und ein Personalhaus für das Friedhofspersonal brauchen würden. Deshalb habe ich, so glaube ich, schon vor einem Jahr in Aussicht gestellt, dass, sobald dieser Rekurs, diese Gestaltungsplanänderung, die über das Gebiet Neusätz verhängt worden ist, dieser Rekurs behandelt ist und wir mehr wissen, dass wir dann noch einmal vor das Parlament, vor die FGK und allenfalls vor das Volk kommen mit einem neuen, abgeänderten Projekt, dass dann diese Rebenstrasse 70 allenfalls frei werden würde. Mehr dazu auch in der Fragerunde.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

Ressort Finanzen

Seite 28 bis 30

Tobias Zürcher, FDP: Seite 30: Hier eine Anmerkung zu Andreas Balg. Es geht um das Einkommen der Zuzüger. Es ist richtig, dass die Wegzüger insgesamt einen höheren Steuerbetrag ausmachen. Es ist aber so, dass das Steuereinkommen pro Kopf höher ist bei den Zuzügern anstatt bei den Wegzügern, und zwar um etwa Fr. 100.--.

Ressort Bau / Freizeit / Sport

Seite 31bis 40

Ressort Soziales / Gesellschaft

Seite 41 bis 49

Riquet Heller, FDP: Vorweg ein kleines Zurückkommen zur Frage der Kantonsräte FDP im Grossen Rat auf Seite 13, da haben sie alle...

Präsidentin Christine Schuhwerk: Riquet Heller, wir gehen nicht zurück. Bitte dieses Thema Soziales / Gesellschaft

Riquet Heller, FDP: Zum Thema selbst habe ich zu sagen, dass auf Seite 601 des Protokolls unserer Sitzung vom 13. Mai 2014 ein Votum von Kollege Vonlanthen festgehalten wird, wonach Fachleute, die Kollege Vonlanthen kontaktiert hat, schätzten, dass in Arbon im Sozialbereich 1 Mio. Franken jährlich gespart werden können. In Anbetracht des grossen Ausgabenüberschusses, der nunmehr auf dieser Seite, Frau Präsidentin, erwähnt wird, besteht ein grosses öffentliches Interesse, dass man diese Fachleute, die 1. Mio. Franken einsparen können, per Namen kennt und sie darauf öffentlich befragen kann oder allenfalls durch die Sozialbehörde. Ich bitte darum, Kollege Vonlanthen, inständig, diese Namen bekannt zu geben. Dies ist kein Verbesserungsvorschlag, worauf Roland Schöni bereits gesagt hat, die werden nicht bekannt gegeben, es ist eine blosse Information, ein Faktum, wer diese Fachleute sind, die wir alle so sehr vermissen, wie diese 1. Mio. Franken eingespart werden kann im Sozialbereich.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bin mir zwar nicht ganz bewusst, Frau Präsidentin, was diese Frage mit dem Geschäftsbericht zu tun haben soll, kann aber durchaus antworten.

Riquet Heller fragt nach Namen von Fachleuten, die meinen, in Arbon könnte eine günstigere Sozialhilfe betrieben werden. Die Zahl dieser Fachleute ist sehr gross und es gäbe wahrscheinlich eine lange Liste, wenn ich da Namen nennen sollte. Ganz konkret auch zwei Voraussetzungen mindestens, ich bin auch für Transparenz, aber dann wünschte ich mir auch Transparenz bei der Leistungsvereinbarung zum Skatepark. Was steht dahinter, was wird da konkret aufgeführt und beschlossen? Das wäre zum Beispiel auch transparent. Zweite Voraussetzung: Namen kann man immer nennen, wenn die Betroffenen bereit sein würden, dass solche Namen genannt werden. Ich müsste mich also erkundigen, ob das der Fall sein würde. Zu sagen ist im Übrigen, dass wir wiederholt darauf hingewiesen haben, dass es zweckmässig sein könnte, wenn sich das Arboner Sozialamt mit den Fachleuten in den Nachbargemeinden in Verbindung setzen würde, weil die offenbar besser wissen, wie man die Sozialhilfekosten senken kann.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wie du richtig gesagt hast, weiss ich auch nicht, wie das hier hinein gehört, aber gesagt ist gesagt.

Atakan Oezcelebi, SP-Gewerkschaften-Juso ist um 20.05 Uhr eingetroffen, wir sind 28 Personen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich spreche zu Abschnitt Sozialamt Seite 45. Vorweg möchte ich unserer Freude der SVP-Fraktion Ausdruck geben, dass die CVP/EVP-Fraktion auch bereit ist, die SVP im Kampf um die explodierenden Kosten in den Sozialen Diensten zu unterstützen. Wir sind sehr dankbar, dass dieses Beispiel vermutlich in Zukunft Schule machen wird, denn wir haben ja im nächsten Jahr Wahlen und da kann es ja das Problembewusstsein durchaus fördern.

Hier konkret, hier ist aufgeführt, dass im letzten Jahr in drei Fällen ein Sozialdetektiv eingesetzt wurde und dass sich die Verdachtsmomente an und für sich nicht begründet erwiesen haben. Wir erachten diesen Befund, dieses Ergebnis als durchaus positiv, und das spricht ja für die Sozialdetektive. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass Sozialdetektive auch präventiv wirken, und das ist offensichtlich der Fall, wenn es in einzelnen Fällen weniger Missbrauch gibt, dann kann dies darauf zurückzuführen sein. Zu fragen ist es in diesem Zusammenhang doch auch, ob die Sozialdetektive in Arbon am richtigen Ort eingesetzt werden. Wenn wir kürzlich die Thurgauer Zeitung gelesen haben, Frontseite: „Der Kanton Thurgau spart Millionen von Franken mit Sozialdetektiven“. Die bringen offensichtlich sehr viel, wenn man sie richtig einsetzt. Die NZZ schrieb vor einiger Zeit „Sozialdetektive als Exportschlager“. Im Kanton Zürich reissen sich 24 Gemeinden um Sozialdetektive der Stadt Zürich, weil die derart erfolgreich arbeiten. Leider stellt die Stadt Zürich jetzt zunehmend diese Sozialdetektive nicht mehr zur Verfügung, weil sie sie selber braucht. Aber das sind zwei Beispiele, die zeigen, dass Sozialdetektive sehr wohl erfolgreich sein können. Wir erwarten deshalb auf jeden Fall ebenfalls, dass die Sozialdetektive weiter regelmäßig und gezielt bei begründetem Verdacht eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang zwei Fragen an den zuständigen Stadtrat:

1. Wer beschliesst in Arbon den Einsatz der Sozialdetektive? Ist das die Amtsleitung oder ist das die Sozialhilfebehörde?
2. In der Diskussion um die Sozialdetektive wurde immer wieder betont, die Leute im Sozialamt würden Missbrauch selber herausfinden und bekämpfen. Darum die Frage: Ist der Stadtrat bereit im nächsten Jahresbericht auch aufzuzeigen, wieviel Missbrauch durch die Leute im Sozialamt verhindert werden konnte. Dass nicht nur die Missbrauchsarbeit der Sozialdetektive aufgeführt, sondern auch die Missbrauchsarbeit durch die Leute im Sozialamt.

Zu diesen beiden Fragen, bitte ich sie um eine kurze Antwort.

Stadtrat Hans Ullrich Züllig: Den Einsatz bestimmt die Sozialhilfebehörde, der Input der Entscheidungsvorlage kann verschiedene Quellen haben. Die eine ist durch die enge Fallverfolgung, die Sensibilitätsprüfung einer Betreuerin, einer Fachmitarbeiterin, der es auffällt, wenn etwas nicht in Ordnung ist, sind sie verpflichtet, das zu melden. Das andere ist aus der Bevölkerung, jede Frau, jeder Mann die sich meldet. Bei mir persönlich sind in den letzten drei Jahren vier solche Meldungen eingetroffen, allerdings keine aus ihren Reihen, denen wir nachgegangen sind. Das sind Hinweise, die wir bekommen und denen wir nachgehen. Dann wird der Fall vorbereitet, aufgearbeitet und dann der Sozialhilfe zur Entscheidung vorgelegt. Ich möchte Ihnen noch sagen, was wir letztes Jahr gemacht haben: Wir haben aus der Sozialhilfebehörde eine umfangreiche Strichprobe durchgeführt, und diese Fälle, die hier angesprochen werden, mit der Ausnahme von einem Fall, sind aus dieser Arbeit entstanden. Jedes Mitglied der Sozialhilfebehörde hat die Gelegenheit, durch alle Dossiers durchzugehen und nach seiner Wahl zu sagen, wen wir aussuchen, wer prüfenswert ist, wer hinterfragt werden muss. Daraus hat dann die Behörde eine Stichprobe genommen und dort, wo Einigkeit herrschte, die Sozialdetektive eingesetzt. Das ist das Resultat.

Sie sehen, wir sind auf verschiedenen Ebenen hoch professionell, haben die Sache angegangen und nehmen das Ziel sehr ernst, und nehmen auch jeden Hinweis aus der Bevölkerung ernst. Die Betroffenen, die uns etwas melden, bekommen auch Antwort. Wir verstecken uns nicht hinter Amtsgeheimnissen, sie bekommen die Antwort, soweit der Personenschutz und das Gesetz es zulässt, kriegen sie auch ein Feedback.

Ich bitte sie um ihre Mitteilung, ich bedauere ausserordentlich, dass Roland Schöni sich wieder verdeckt hält, wenn ich immer wieder höre, was man sparen könne. Anscheinend ist das ihre Methode, sie sagen man könne sparen, sie sagen nicht wo. Warum helfen sie nicht?

In den drei Jahren, in denen ich die Ehre habe, diesem Ressort vorzustehen, ist keine Minute auch nur jemand aus diesem Flügel bei uns zu einem Gespräch eingetroffen, aber offenbar hält man politisches Schulterklopfen in Romanshorn und irgendwelche andere Sachen für besser was einem zu Ohren kommt wie es gefällt, scheint dann vertrauenswürdiger zu sein als ein Departement, das sich freiwillig einer externen, professionellen Prüfung unterstellt. Wissen sie, manchmal ist es schwer erträglich, wenn man sich bereit erklärt, sich in Dienst zu stellen, um sich nachher durch solche Pauschalitäten, die keine Rechenschaft erfordern, abkanzeln zu lassen. Ich danke, dass ich das sagen durfte.

Roman Buff, EVP: Seite 47: Ich habe eine Verständnisfrage. Vorweg möchte ich aber das Votum von Andrea Vonlanthen schon noch etwas abschwächen. Wenn du unsere Interpellation, die Einleitung liest, dann steht dort: „Populistische Versuche wie Sozialdetektive oder Austritt aus der SKOS lösen das Problem auch nicht“. Also insofern solidarisieren wir uns schon nicht ganz so mit euch, wie du vielleicht den Eindruck bekommen hast.

Zu meiner Verständnisfrage, Seite 47, erste Spalte unten, Sozialfirma Dock. Es ist hier die Rede, dass der Nettoaufwand für die Dock Arbon für 2013 bei circa Fr. 180'000.-- lag. Was ist damit gemeint? In der Rechnung Konto 1589.3655 sind Beiträge von 1,3 Mio. Franken und auf dem Konto 1589.3654 Beiträge Anmeldungen Dock von rund Fr. 42'000.-- ausgewiesen. Wo sind die Gegenpositionen Haben aufgeführt?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Roman Buff, hier muss ich eingestehen, da hätte etwas mehr Transparenz geschaffen werden können. In der Tat, dies ist schwer oder gar nicht nachvollziehbar aus der Rechnung. Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Netto-Programmkosten Fr. 180'000.-- betragen bei der Dock. Die Aufwände, die aufgelistet sind, sind die sogenannten Programmkosten. Das sind das, was wir zum einten als Aufnahme-, Eintrittsgebühren bezahlen, zum anderen sind das die Kostenentschädigungen, die dann nachher zu den Einkommen andererseits führen. Im Prinzip ist es eine Lohnrefinanzierung, die so gemacht wird und somit der Dock ermöglicht, ihr Programm durchzuziehen.

Die Fr. 180'000.--, die sind jetzt die Restkosten. Sie setzen sich zusammen aus Einkommensfreibeträgen und aus den Sozialversicherungsbeiträgen der Dock zugewiesenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das andere können sie nicht sehen, und zwar ist das in den Konten 1581.3661-3363, dort werden die Netto-Sozialkosten verbucht. Das heisst: Wenn jetzt jemand bei der Dock arbeitet, dann wird ein Teil dieses Eigenverdienstes angerechnet an den Ansprüchen der Sozialhilfe, dadurch wird die Summe tiefer. Anders ausgedrückt, ich hoffe, ich kann es noch einfacher sagen: würden wir in dem von ihnen beachteten Konto nur die Fr. 180'000.-- zeigen, dann würden die Beiträge in den Konten 1581 um circa 1,1, bis 1,2 Mio. Franken steigen. Leider lässt sich das nicht anders darstellen. Wir haben mit der Finanzabteilung lange Gespräche geführt, ob man da nicht eine Saldorechnung machen könnte, dass sie das auch nachvollziehen können. Das lässt sich in der Buchhaltung nicht nachvollziehen. Ich nehme es gerne auf meine Kappe, dass manches für uns selbstverständlich ist, ich denke, dass man das hier auch in Zukunft berücksichtigt in tabellarischer Form.

Roman Buff, CVP/EVP: Nur zum Schluss: Ich hoffe ihr seid alle drausgekommen?

Präsidentin Christine Schuhwerk: Damit haben wir den Jahresbericht abgeschlossen. Gibt es Rückkommensanträge?

Wir kommen zur Abstimmung des Jahresberichts. Der Stadtrat beantragt ihnen, den Jahresbericht zu genehmigen. Auch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt ihnen einstimmig, diesem Antrag zuzustimmen.

://: Der Jahresbericht 2013 der Stadt Arbon wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beratung der Jahresrechnung 2013 ab Seite 51

Ich schlage ihnen vor, dass ich die funktionalen Hauptbereiche mit den Kontengruppen bei der Laufenden Rechnung vorlese, ihnen aber genügend Zeit einräume bei Fragen das einzelne Konto mit der Nummer zu nennen. Ich denke wir haben uns ja alle gut vorbereitet.

Dann beginnen wir zuerst mit Seite 52 Finanzierungsnachweis

10 Allgemeine Verwaltung: ab Seite 53

keine Bemerkungen

11 Öffentliche Sicherheit: ab Seite 58

keine Bemerkungen

13 Kultur und Freizeit: ab Seite 64

Lukas Graf FGK: Kulturförderung: Konto 1300. Kulturförderung, Konto 1300.36517 Beitrag an Kulturtage, Konto 1300.36506 Beitrag an Projekt H2 Art, eine Bemerkung der FGK zur Kulturförderung:

Wie im Bericht erwähnt, wurden die Beiträge für das Projekt H2Art und die Kulturtage im Jahr 2013 nicht gebraucht, da beide Veranstaltungen nicht stattgefunden haben, Elisabeth Tobler hat auch schon darauf hingewiesen. Stattdessen wurden die Beiträge als Akontozahlung für die 1. Arbonale verwendet, die diesen Herbst stattfinden wird. Dieses Vorgehen widerspricht nach Ansicht der FGK verschiedenen buchhalterischen Grundsätzen und ist nicht nachvollziehbar. Die FGK ersucht den Stadtrat, die Ausgaben für die Kulturförderung in Zukunft transparenter zu budgetieren und auf solche Umlagerungen zu verzichten.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich möchte gleich anschliessen. Meine Frage, was ist der Inhalt dieser Arbonale? Gibt es schon ein Konzept und wenn ja, wie sieht dieses Konzept aus und wie werden diese Kulturbeträge dann verwendet?

Stadtammann Andreas Balg: Die Arbonale ist ein Klang- und Skulpturenfestival und kann durchaus als Nachfolge von Veranstaltungen der H2Art verstanden werden, zumindest allgemeiner kultureller Bereich. Es ist so, dass die Vorbereitungen bereits letztes Jahr gestartet sind, und so haben wir auch die Finanzierung aufgeteilt. Das Konzept kann eingesehen werden. Es ist eine Veranstaltung, die über mehrere Tage geht mit besonderen Highlights.

Elisabeth Tobler, SVP: Es würde mich wundernehmen, an wen dieser Betrag bezahlt wurde. Das ist für mich schleierhaft, wenn noch nichts steht, noch nichts gemacht wurde. An wen wurde dieser Betrag bezahlt, geben wir Geld irgendjemandem im Voraus?

Stadtammann Andreas Balg: Die erste Zahlung wurde an den Projektleiter gerichtet. Es ist so, dass die entsprechenden diversen Vorarbeiten, Aufbau der Organisation, Webseite und die Programmplanung sowie die Sicherung der bestimmten Ausstellungen und Events beinhaltet sind. Das Detailkonzept kann ich gerne zur Verfügung stellen, habe es aber heute nicht dabei.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

14 Gesundheit: ab Seite 70

keine Bemerkung

15 Soziale Wohlfahrt: ab Seite 71

Silke Sutter Heer, FDP: Elisabeth Tobler hat bei ihrem Eintreten zum einen die Forderung aufgestellt, dass die Leistungsvereinbarungen, sie hat sich aber dabei primär auf Leistungsvereinbarungen in den sozialen Diensten bezogen, überprüft werden. Dem kann ich aus vollem Herzen zustimmen. In allen Bereichen müssen diese Leistungen überprüft werden, und nicht nur in diesem Bereich. Was für mich nicht nachvollziehbar anhand der Zahlen ist, dass dann abgeleitet wird, auf Grund dieser Leistungsvereinbarungen, es seien Millionenbeträge ausgegeben worden.

Diese Millionenbeträge können sehr gut anhand der Detailrechnungen nachvollzogen werden.

Es geht um die direkten Unterstützungsbeiträge, ich bin nun bei den Positionen 1581.3661 fortfolgende Unterstützungen an Thurgauer Bürger, Schweizer oder Ausländern, Asylsuchende und Flüchtlinge. Es kann dort leicht festgestellt werden, dass ein Plus bei den Thurgauer Bürgern von Fr. 450'000.-- bei den Schweizer Bürgern Fr. 900'000.--, bei den Ausländer Fr. 600'000.-- und bei den Flüchtlingen von Fr. 210'000.-- zu verzeichnen ist. Auf der anderen Seite, wenn man dann weiter geht zu den Gegenpositionen 3661 fortfolgende, das sind die Rückerstattungen, eben wieder für die Thurgauer Bürger, Schweizer Bürger etc., sieht man, dass bei den Zahlen, die ich genannt habe, also die Plus, also Fr. 450'000.--, die Fr. 900'000.--, erkleckliche Beträge, die Haben-Seite entsprechend nicht gestiegen ist, praktisch gleich geblieben ist, trotz dieser massiven Steigerungen.

Und wenn Roland Schöni sagt, es sollen eben diese Unterstützungsbeiträge zur Verfügung stehen, da sind sie. Dort sind die Steigerungen, dort sind die grossen Brocken, dort liegt der Hase im Pfeffer, nämlich, dass eben tatsächlich bei den Unterstützungen wesentlich mehr Geld ausgegeben werden musste. Darum habe ich schon bei meinem Eintreten darauf hingewiesen. Wir können einige Leistungsvereinbarungen überprüfen und vielleicht auch einige Kürzungen vornehmen, aber da werden wir nicht diese Zahlen einspielen, sondern das Geld muss von einer anderen Seite kommen. Da muss irgendwo anders der Ausgleich gefunden werden, ausser man ist im Ernst der Meinung, wir hören einfach im Juli auf, solche Unterstützungsbeiträge zu bezahlen. Das wäre die Konsequenz und das kann nicht sein, da sind wir gesetzlich einfach dazu verpflichtet. Ich wehre mich überhaupt nicht, dass wir neue Denkansätze und neue Wege suchen, man muss aber bei bestimmten Sachen auch realistisch sein und die Wege erforschen, die tatsächlich auch erfolgversprechend sein werden.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Ich darf hier als Ergänzung noch anbringen, bitte beachten sie bei diesen Konten noch folgendes: Jeder Franken dieser Konti wird über die Sozialhilfe bestimmt. Die Sozialhilfebehörde ist eine eigenständige Behörde. Das Präsidium wird durch mich gestellt, Kollege Konrad Brühwiler als Vizepräsident und drei Vertreter und Vertreterinnen aus ihren Reihen, insgesamt fünf Vertreterinnen und Vertreter, als eigenständige Sozialhilfebehörde. Jeder Franken, der hier in Ausgangsposition ist, wird über die Sozialhilfebehörde geprüft und freigegeben. Der Stadtrat als Gremium hat da wenig Einfluss, nur als Person in seiner Funktion, aber da ist natürlich bei Ausnahme mit Stimmgleichheit, da hat jeder seine Stimme. Ich möchte ihnen das wieder einmal bewusst machen, worüber sie eigentlich reden, Also diese gesamte, wie es Silke Sutter Heer treffend gesagt hat, Ausgabenposition, die läuft über die Sozialhilfebehörde und den Mitgliedern der Sozialhilfebehörde steht jede Möglichkeit zur Dossiereinsicht zu, da besteht kein Amtsgeheimnis. Volle Dossiereinsicht, volle Unterstützung auch, wenn es um Rückfrage geht, rechtliche Abklärung, sie haben jederzeit, jede Tagesstunde Zutritt und können das überprüfen. Das wollte ich nochmals betonen, dass sie dessen bewusst sind, wenn sie so harsche Kritik üben.

Elisabeth Tobler, SVP: Silke Sutter Heer, ich habe nicht behauptet, dass man bei Leistungseinsparungen soviel einsparen kann, wie du jetzt erwähnt hast. Ich wollte lediglich ansprechen in meinem Votum, dass man diese Leistungsvereinbarungen wirklich überprüfen sollte, weil das zugenommen hat. In allen möglichen Sparten wird eine Leistungsvereinbarung, sprich mit der Gemeinde Steinach über die Kinder- und Jugendarbeit, gemacht. Da kommt ein bisschen was rein, aber es bedeutet auch Mehrkosten. Da sollte man wirklich dahinter und mal schauen, ob da nicht etwas gemacht werden kann. Wir sind nicht verpflichtet, ein Sozialzentrum zu sein für Horn, Steinach und was weiss ich noch was für eine Gemeinde.

Im Übrigen möchte ich Hans Ulrich Züllig und dem Rest des Parlaments noch sagen: In der Sozialhilfebehörde, da ist er der Vorstand, Brühwiler Konrad der Vizepräsident, das seht ihr auf der Seite 134, und die weiteren Mitglieder, da müsste man vielleicht auch mal darüber nachdenken, ob da von den Parteien her ein gewisse Verteilung nötig wäre.

Das sind Auer Jakob, Telatin Fabio und Wenk Rosmarie, die ist bereits nicht mehr im Parlament. Das sind diese drei Personen und dann ist noch Civic Adela, Abteilung Soziales, als beratende Stimme Protokoll. Diese Verteilung ist natürlich für mich schon noch speziell, wenn dann auf der anderen Seite FDP- oder SVP-Vertreter nicht in dieser Behörde drin sind.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

16 Verkehr: Seite 76 Keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung: Seite 79 keine Bemerkung

18 Volkswirtschaft: Seite 83 keine Bemerkung

19 Finanzen und Steuern: Seite 84

Luzi Schmid, CVP/EVP: Konto 1941 4270, es geht da um Fr. 30'000.-- Pachtzins-Einnahmen. Ich frage hier und nicht im Bericht, weil ich eine Antwort vom Stadtammann erwarte. Es geht um dieses Restaurant, das da hinter unserem Rücken ist und es hier grosse Aufregung gibt. Ich habe seit einer Woche erlebt, der Pächter hat mir selbst gesagt, dass er nicht weiss, ob dieses Pachtverhältnis weitergeführt werden wird. Und wenn wir diese Fr. 30'000.-- nächstes Jahr nicht haben, dann fehlt uns einmal mehr Geld. Wenn er aufhört, und das haben wir schon einmal gehabt, haben wir Probleme einen neuen Pächter zu finden. Ich möchte jetzt vom Stadtammann wissen, was da wirklich abgesprochen worden ist. Ich würde es sehr schade finden, wenn wir den heutigen Pächter wegen Verzögerungen verlieren würden.

Stadtrat Andreas Balg: Ich habe hierzu ein Fragerunde und würde gerne auf diese verweisen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Rebenstrasse 33: Ich glaube, es ist etwa anderthalb Jahre her, seitdem ich den Finanzvorstand gefragt habe, wie steht es mit der Vermietung des Sonnenhauses. Aus der Rechnung ersehen wir, Mietzinseinnahmen 2013, Fr. 0, Mietzinseinnahmen 2012 Fr. 0. Kann sich das Arbon leisten, einfach so, das jetzt mittlerweile zwei volle Jahre so auf der Seite zu lassen. Ich bin gespannt, wann dann jetzt vom Stadtrat entsprechende Vorschläge kommen oder wann er eine Vermietung in Aussicht zeigen kann.

Stadtrat Andreas Balg: Diese Frage wurde ja auch bereits gegenüber der FGK beantwortet. Auf der einen Seite hatten wir weitere Mieterinteressenten und auf der anderen Seite habe ich bereits einmal informiert, dass wir den Verkauf dieser Liegenschaft vorbereiten. Hier haben wir juristische Abklärungen getätigt, weil es ja ein Legat ist. Das weitere Vorgehen wird noch dieses Jahr im Parlament sein.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Lieber Herr Stadtammann, ich bin im Besitz eines Auszugs aus dem Testament, das dazu geführt hat, dass das Sonnenblumenhaus in Besitz der Stadt Arbon kam. Auch jemand, der nicht besonders juristisch geschult ist, merkt, dass man da nicht verkaufen kann.

Stadtammann Andreas Balg: Da sind wir offenbar unterschiedlicher Meinung.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir fahren fort mit:

Konto 1944 bis 1999 keine Bemerkungen

Damit haben wir die Laufende Rechnung erledigt. Sind Fragen zu den Darstellungen Seite 89 bis 93?

Dann kommen wir zur Materiellen Beratung der Investitionsrechnung. Ich werde wieder gleich vorgehen.

| | |
|--|-----------------|
| <u>Investitionsrechnung</u> Seite 94 | keine Bemerkung |
| <u>10 Allgemeine Verwaltung</u> : Seite 94 | keine Bemerkung |
| <u>11 Öffentliche Sicherheit</u> : Seite 94 | keine Bemerkung |
| <u>13 Kultur und Freizeit</u> : Seite 95 | keine Bemerkung |
| <u>15 Soziale Wohlfahrt</u> : Seite 97 | keine Bemerkung |
| <u>16 Verkehr</u> : Seite 97 | keine Bemerkung |
| <u>17 Umwelt und Raumordnung</u> : Seite 101 | keine Bemerkung |

Die Investitionsrechnung ist nun durchberaten, wir kommen zur Bestandesrechnung.

| | |
|---|-----------------|
| <u>Die Aktiven</u> : Seite 107 und 108 | keine Bemerkung |
| <u>Die Passiven</u> : Seite 109 und 110 | keine Bemerkung |
| <u>Geldflussrechnung</u> : Seite 111 | keine Bemerkung |
| <u>Kennzahlen</u> : Seite 112 bis 119 | keine Bemerkung |

Seiten 121 bis 140, den Anhang zur Jahresrechnung 2013 müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Somit kommen wir zur Abstimmung der zwei verbleibenden Anträge des Stadtrats. Ich werde diese getrennt vornehmen, stelle diese Anträge aber noch zur Diskussion, oder stellt jemand einen Rückkommensantrag zu den Rechnungen?

Die Jahresrechnung 2013, bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung), sei zu genehmigen.

://: **Dem Antrag des Stadtrates, die Jahresrechnung 2013 zu genehmigen, wird mit 23 zu 5 Stimmen zugestimmt.**

Der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2013 von Fr. 1'311'336.34 sei dem Eigenkapital zu belasten.

://: **Dem Antrag des Stadtrates, den Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2013 von Fr. 1'311'336.34 sei dem Eigenkapital zu belasten, wird einstimmig zugestimmt.**

Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon untersteht dieser Beschluss dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage vom Tage der Bekanntmachung der Beschlüsse an gerechnet. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechtsgültig. Ich frage sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte?

Ich bedanke mich beim Präsidenten der FGK, Lukas Graf und allen Kommissionsmitgliedern für die gute Arbeit.

3. Fragerunde

Präsidentin Christine Schuhwerk: Es sind zwei schriftliche Fragen vorzeitig eingereicht worden. Die erste Frage betreffend „prekäre Parkverhältnisse beim Friedhof“ wurde von Monika Strauss, SVP eingereicht:

Monika Strauss, SVP: Wie sie anhand der Bilder sehen können, sind die Parkplatzverhältnisse an der Rebenstrasse beim Friedhof noch immer prekär. Als Vorsichtsmassnahme öffnete ich letzte Woche für eine Abdankung die Schranke zu unserer Wiese, da ich wusste, dass es an diesem Tag sehr viele Trauergäste geben würde. Dies war nicht das erste Mal der Fall. An diesem Tag hatten die Schüler auch noch Fahrschule mit ihren Fahrrädern an der Rebenstrasse. Es gab dabei immer wieder sehr heikle Situationen, da beidseitig und unübersichtlich parkiert wurde. Ich bitte sie, Herren Stadträte, sich dieser prekären Situation ernsthaft anzunehmen und dieses Problem nicht dauernd zu ignorieren. Das Friedhofgärtnerhaus macht sowieso keine „Falle“ mehr. Es würde viel mehr Sinn machen, dieses abzureißen und dafür einige Parkplätze zu erstellen. Die Annexbauten und der Container, welcher als Aufenthaltsraum und Büro für die Angestellten des Friedhofs hinter dem Haus stehen, könnten sicherlich dort noch verbleiben. Es kann ja nicht sein, dass für einen Friedhof nur eine Handvoll Parkplätze zur Verfügung stehen. Diese Situation ist auch gegenüber den Trauergästen nicht fair, da sie dadurch jederzeit mit einer Parkbusse rechnen müssen. Da muss die Stadt mit gutem Vorbild voran gehen. Die Bevölkerung hätte für diesen Abriss sicherlich das nötige Verständnis und würde die neuen Parkplätze sehr begrüßen.

Ich ersuche den Stadtrat in diesem Zusammenhang um Beantwortung meiner Fragen:

1. Was hält den Stadtrat davon ab, das Friedhofgärtnerhaus abzubrechen?
2. Wird von der Stadt aus mit dem Gedanken gespielt, das Grundstück, auf welchem sich das Friedhofgärtnerhaus befindet, zu verkaufen?
3. Wie und wann gedenkt der Stadtrat die prekäre Parkplatzsituation beim Friedhof zu lösen?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Vielen Dank für die berechtigten Anmerkungen und Fragen zur Parkplatzsituation bei Abdankungen rund um den Friedhof und entlang der Rebenstrasse.

Um kurz und bündig zu bleiben, verzichte ich auf das Ausrollen der ganzen Geschichte rund um das Projekt Friedhofgärtnerhaus bzw. den Bau eines Werkgebäudes. Zurzeit wartet der Stadtrat immer noch auf den Entscheid des Verwaltungsgerichts betreffend eines Rekurses gegen die geplante Aufhebung des Gestaltungsplans „Untere Neusätz“. Sobald in dieser Frage Klarheit besteht, wird der Stadtrat sie, liebe Parlamentsmitglieder, als erstes über das weitere Vorgehen informieren und involvieren.

Zur 1. und 3. Frage:

Bereits im Frühjahr dieses Jahres befasste sich mein Ressort mit dem Gedanken, auf einem Teil des Areals des alten Friedhofgärtnerhauses Parkplätze zu erstellen. Die Abteilung Bau wurde beauftragt, den Abbruch des Gewächshauses und die Umwandlung des Platzes in einen einfachen, provisorischen Parkplatz zu berechnen. Im selben Auftrag soll die Möglichkeit zur Schaffung zusätzlicher Parkplätze entlang der Friedhofsmauer geprüft werden. Nicht in den Abbruch einbezogen wäre das Friedhofsgärtnerhaus. Dies aus dem Grunde, da es noch als Lager, Gerätehaus, Garage etc. dient. Die Resultate und Zahlen liegen mittlerweile vor. Alles zusammengerechnet würden da etwa 20 neue Parkplätze entstehen.

Aus Respekt und Gründen der Transparenz, damit das Parlament einen möglichst grossen Informationsfluss und ein demokratisches Mitspracherecht hat, besteht für mich bis heute die Absicht, das ganze Paket in den ordentlichen Budgetprozess 2015 einfließen zu lassen.

Wie die von Monika Strauss übermittelten Bilder aber zeigen, genügen diese Massnahmen nicht, sondern verlangen nach weiteren eventuell kurzfristigeren Vorkehrungen. So wurden, wiederum zusammen mit der Abteilung Bau, Sofortmassnahmen geprüft. Im Falle einer erwarteten grossen Bevölkerungsanteilnahme an einer Abdankung soll möglicherweise das Tor bei der Energiezentrale geöffnet werden, um den Kiesplatz als temporären Parkplatz zu benutzen. Eine andere Abklärung betrifft eine kurzfristige, zeitlich auf die Abdankung beschränkte, temporäre Verkehrsführung. Das heisst, wir prüfen, die Rebenstrasse ab Höhe Lavendelweg in Fahrtrichtung Stachen mit der Signalisation „Einbahn“ bzw. ab der Bühlhofstrasse in Fahrtrichtung Arbon mit der Signalisation „Verbotene Fahrtrichtung“ zu führen. Diese einspurige Verkehrsführung würde auf der Rebenstrasse in Fahrtrichtung rechter Seite, Richtung Stachen, Parkplätze entstehen lassen.

Diese zwei Abklärungen sind aber weder mit der betroffenen Bevölkerung noch mit den Anstössern oder mit der Polizei etc. besprochen. Dieser Prozess steht noch an.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Betroffenen für den immer wiedererfahrenen Ärger in diesen prekären Situationen entschuldigen und der Familie Strauss für den zur Verfügung gestellten Parkraum bedanken.

Zur 2. Frage: „Wird von der Stadt aus mit dem Gedanken gespielt, das Grundstück auf welchem sich das Friedhofgärtnerhaus befindet, zu verkaufen?“

Nein, der Stadtrat hat sich aufgrund der eingangs erwähnten Schwierigkeiten nicht mit einem Verkauf beschäftigt sondern wird erst bei der definitiven Klärung der Situation sich mit dem weiteren Vorgehen befassen und dem Parlament Bericht und Antrag stellen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Auch die zweite Frage wurde von Monika Strauss, SVP betreffend „Gastronomie der Stadt Arbon am See“ eingereicht.

Monika Strauss, SVP: Die Familie Brühwiler führt seit neun Jahren das Restaurant Panorama im Seeparksaal. Brühwilers haben seither viel Zeit und Energie in dieses Restaurant investiert. Mit ihrer Freundlichkeit und dem guten Preis/Leistungs-Verhältnis begeistern sie ihre Gäste. Sie sorgten nie für negative Schlagzeilen, sondern werteten den Seeparksaal und somit auch die Gastronomie der Stadt Arbon auf. Ihr Restaurant war und ist ein Aushängeschild für die Stadt. Das Wirte-Ehepaar hätte das Restaurant Panorama gerne noch für zwei bis drei Jahre gemietet, vor allem während der Sanierung und des Umbaus. Doch die Stadt schenkt diesem Punkt keine Beachtung. Viele Gäste und Teile der Bevölkerung sind verärgert und sehr enttäuscht über das Vorgehen der Stadt Arbon. Brühwilers kennen den Grund nicht, warum keine Mietverlängerung in Betracht gezogen wurde. Sie vermuten jedoch eine Umnutzung oder sogar einen Verkauf des Restaurants im Seeparksaal.

Das gleiche Los trifft noch andere Restaurant- oder Kioskbetreiber in Arbon, welche ihre Lokalitäten von der Stadt gemietet haben. Peter Wagner und seine Frau, jetzt zusammen mit der Schwester, führen den Hafenkiosk seit 12 Jahren mit viel Herzblut. Ihr Kiosk ist immer sauber, und die Gäste werden zuvorkommend bedient. Im vergangenen Jahr hat Peter Wagner viel Geld ins Mobiliar investiert. Er hofft nun, dass die Stadt Arbon den Mietvertrag nochmals verlängert, da seine Existenz davon abhängt.

Es wird gemunkelt, dass die Stadt Arbon ihre Gastronomielokale an einen externen Investor vergeben wolle, da diese Lokalitäten nur defizitär seien. Somit müsste dieser Investor geplante Umbauten und die Bewirtschaftung auf eigene Kosten übernehmen. Ist dies wirklich so geplant, muss die Stadt zuerst das Gespräch mit den Mietern suchen und sie nicht im Ungewissen lassen. Ob Camping, Strandbadrestaurant, Panoramarestaurant, Kiosk, Badi usw., all diese Mieter erbringen eine riesige Dienstleistung zum Wohle der Arboner Bevölkerung und für den Tourismus in Arbon. Auch bringen sie Steuereinnahmen. Sie sind wichtige Arbeitgeber und gute, kostenlose Werbeträger für die Stadt Arbon.

Darum bitte ich sie, Herren Stadträte, um eine faire und offene Kommunikation gegenüber ihren Mietern und der Arboner Bevölkerung. Die Gerüchteküche brodelt und macht ungute Stimmung. Deshalb meine Fragen:

1. Was plant die Stadt mit ihren diversen Gastronomiebetrieben?
2. Stimmt es, dass nach der Familie Brühwiler noch mehr Kündigungen anstehen, zum Beispiel beim Strandbadrestaurant?
3. Ist der Stadtrat bereit, aktiv mit seinen Gastronomie-Mietern zu kommunizieren und zum Beispiel einen runden Tisch mit ihnen zu organisieren?

Stadtammann Andreas Balg: Im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfungen werden auch die defizitären Betriebe und Liegenschaften der Stadt überprüft. Die Stadt hat während meiner Amtszeit keinem Pächter gekündigt. Jede Kündigung ging jeweils vom Pächter aus. Von Veränderungen betroffene Mieter sind informiert bzw. werden bei eventuellen Veränderungen informiert. Das weitere Vorgehen wird mit den Pächtern abgestimmt.

Die Überlegungen, die wir bereits eingegangen sind, sind nicht einmal im Stadtrat diskutiert worden. Es wäre viel zu früh, hierzu eine Aussage zu machen.

Was passiert mit der Gastronomie der Stadt Arbon am See, oder was soll passieren?

Wir engagieren uns und stellen sicher, dass alle Gastronomiebetriebe eine hohe Attraktivität und Qualität erreichen, unternehmerischer Spielraum gegeben ist und damit eine hohe Kostendeckung gewährleistet wird, und das Gesamtangebot gut aufeinander abgestimmt ist. Soviel kann ich heute dazu sagen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Das finde ich jetzt keine gute Lösung. Ich habe bei der Rechnung gefragt, was da mit dem Pachtvertrag da hinten läuft. Das auf die Fragerunde verschieben, wo eben nicht diskutiert werden kann, das ist schlecht. Wir müssen uns in diesem Parlament ohnehin einmal unterhalten, was einfache Fragen sind oder einfache Fragerunde. Bei beiden hätte ich jetzt die Meinung, das wären Einfache Anfragen, aber die konkrete Frage...

Präsidentin Christine Schuhwerk: Luzi Schmid du erwähnst persönlich eingangs, dass keine Diskussion stattfindet in der Fragerunde.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich darf noch meine Meinung fertig sagen. Ich finde es schade, dass der Stadtammann bei der Rechnung nicht geantwortet hat.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich bitte dich um Unterbrechung. Es gibt eine Antwort vom Stadtrat und weiter gibt es keine Diskussion.

Sind noch mündliche Fragen?

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Vor der Parlamentssitzung habe ich mich im See noch abgekühlt. Beim Verlassen des Sees hat mich jemand gefragt, der auch schwimmen ging, ob ich den Kampf mit dem Seegras schon gewonnen hätte. Darum nur eine Frage an den zuständigen Stadtrat Stäheli: Wann kommt die Seekuh auch wieder nach Arbon und macht das Schwimmen im See wieder zur Freude.

Stadtrat Reto Stäheli: Diese Frage ist auch schon bis zum Bereich Freizeit/Sport/Liegenschaft durchgedrungen. Wir haben mit dem Unternehmer schon Kontakt gehabt. Sobald die Maschine verfügbar ist, wird sie nach Arbon kommen. Es ist aufgegleist.

Elisabeth Tobler, SVP: Das erste Fussballspiel der Schweizer Nati haben mit mir ca. 4'000 Personen, so habe ich gelesen, am Public Viewing am See besucht. In der Pause dann das böse Erwachen. Gerade mal zwei WC, die waren dem Ansturm nicht gewachsen, und sauber waren sie ebenfalls nicht. Das ist nicht gerade eine Etikette für unsere Stadt, kommen doch sehr viele auswärtige Gäste ans Public Viewing. Kann sich der Stadtrat vorstellen, bei grösseren Veranstaltungen am See im Sommer, jeweils zusätzliche WC, Toi Toi's oder wie sie immer heißen, aufzustellen, oder wie sieht er da die Lösung des Problems? Es betrifft dies ja nicht nur das Public Viewing.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich war auch an diesem Match unten und habe mit dem Veranstalter Arbon und dem Catering Egger das Ganze diskutiert. Wenn es klappt, wird es morgen Abend zusätzliche WC's haben. Es ist relativ schwierig und wir sind schon am Abklären, wie wir das lösen können über die ganze Saison.

Astrid Straub, SVP: Wie ich vernommen habe, kam es beim Stahelkreisel Einmündung Romanshornerstrasse am letzten Wochenende erneut zu einer Kollision. Da seit Eröffnung der NLK dies nicht der erste Unfall ist, und es betrifft beide Fahrtrichtungen, Einmündung Tunnel und Richtung Romanshorn, bin ich sehr verwundert, dass der Stadtrat bis jetzt keinen Handlungsbedarf sieht, diese gefährliche Überquerung für den mobilen Verkehr zu entschärfen.

Es ist wirklich jedes Mal, markant ausgedrückt, wie russisches Roulette, dort die Fahrbahn zu überqueren, oder wie ein Arboner Bürger sagte, ich zitiere, „Füdlibacke zäme und drüber“.

Meine Fragen dazu:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die jetzige gefährliche Verkehrssituation, Stahelkreisel-Einmündung Romanshornerstrasse?
2. Ist der Stadtrat bereit beim Kanton zu intervenieren, damit zumindest ein Spiegel angebracht wird?

Stadtammann Andreas Balg: Zur ersten Feststellung: Die Situation am Stahelkreisel ist sehr anspruchsvoll signalisiert, das ist richtig. Wir hatten vor anderthalb Wochen eine weitere Besprechung mit dem Kanton und den NLK-Erstellern. Es ist auch so, dass das Thema Spiegel diskutiert wurde. Wir sehen im Moment noch davon ab. Vorgesehen ist eine Markierung an der Wand entlang, die dazu auffordern soll, dass Fahrzeuge aus Richtung Steinach kommend, das Tempo etwas drosseln. Das ist mit Verkehrsspezialisten diskutiert worden, alle notwendigen Leute waren vor Ort. Wir werden aber die Situation weiter genau beobachten. Wir sind einhellig der Meinung, dass ein zusätzlicher Spiegel zusätzlichen Blickkontakt fordert, der dann die Aufmerksamkeit von den anderen neuralgischen Punkten ablenkt, was keinen Vorteil bedeutet.

4. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Andreas Balg: Als erstes möchte ich auf die Veranstaltung von morgen hier am gleichen Ort, 17.00 Uhr hinweisen. Wir haben gut 100 Anmeldungen für den 1. Arboner Wirtschaftsgipfel, eine Veranstaltung, die zusammen mit den Arbeitgeberbänden organisiert wird.

Eine weitere Information betrifft die Abstimmungstermine. Der Stadtrat hat an seiner gestrigen Sitzung die Termine für die Gesamterneuerungswahlen der Exekutive und der Legislative analog der ERFA-Gemeinden (Frauenfeld, Kreuzlingen, Weinfelden, Amriswil und Romanshorn) wie folgt festgelegt und vorgesehen:

- Exekutive: am 8. März 2015, Blanko-Abstimmungstermin mit unter anderem Voranschlag 2015
- Legislative: am 26. April 2015 und allfälliger 2. Wahlgang Exekutive

Dann habe ich noch, wie von Patrick Hug versprochen, eine kurze aktuelle Situationsbeschreibung, was die Massnahmen der Optimierung der finanziellen Lage der Stadt Arbon anbelangt. Das Projekt Aufgaben- und Leistungsüberprüfung hat Stadtrat und Verwaltung zusätzlich intensiv gefordert. Es hat auch gezeigt, dass die tief hängenden Früchte schon längst gepflückt sind, und dementsprechende Massnahmen einschneidend sind. Das heisst: Grundsätzliche Hinterfragen von Konzeptionen, Leistungsabbau, Gebührenpflicht, bzw. Gebührenerhöhung, sind wesentliche Bestandteile.

In einem ersten Schritt haben wir rund 30 Massnahmen zur Optimierung der finanziellen Lage der Stadt entwickelt. Erste Massnahmen werden wir bereits im Budget 2015 wirksam werden lassen, sofern sie das zulassen. Die Zusammenstellung wird nun vom Stadtrat abschliessend geprüft und rechtzeitig, das heisst an einer Parlamentssitzung vor der Budgetsitzung dem Parlament unterbreitet, damit die Diskussion intensiv stattfinden kann.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich danke dem Stadtammann für seine Ausführungen. Möchte nach diesen Ausführungen aber in Absprache mit Roman Buff, CVP/EVP den Ordnungsantrag stellen, dass zur Information betreffend Wahlen 2015 jetzt eine Diskussion stattfindet. Roman Buff war zusammen mit dem FDP-Fraktionspräsidenten Max Gimmel und SP-Fraktionspräsidentin Erica Willi-Castelberg und mir, Motionär zum Thema Wahlen. Wir haben damals in einer Motion, unterschrieben von allen Parlamentsmitgliedern, gefordert, dass die nächsten Wahlen nicht mehr getrennt durchgeführt werden sollten, sondern am gleichen Termin.

Wir haben dann am 17. Januar 2012, also vor knapp zweieinhalb Jahren, diese Motion zurückgezogen, nachdem uns der Stadtrat zugesagt hat, er habe die Botschaft verstanden, die nächsten Wahlen würden gemeinsam durchgeführt.

Stadtammann Martin Klöti sagte: „Wir sagen ihnen zu, dass der Stadtrat im Sinn der Schlussfolgerung diese Motion so zur Kenntnis nimmt und gewillt ist, so umzusetzen.“ Das will der Stadtrat offensichtlich nicht mehr, widerspricht dem Willen des Parlaments, und widerspricht seiner Zusage. Wir meinen, das müsste jetzt diskutiert werden, dazu unser Ordnungsantrag.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich unterstütze den Ordnungsantrag von Andrea Vonlanthen. Ich bin auch der Meinung, dass man hier über diesen Eklat des Stadtrats, ich kann nicht anders sagen, diskutieren kann, und dass sich das Parlament hier nochmals vernehmen kann.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Dann stimmen wir über den Ordnungsantrag, eine Diskussion über die Wahlen zu führen, ab.

://: **Mit 27 Ja-Stimmen wird dem Ordnungsantrag von Andrea Vonlanthen, SVP zugestimmt.**

Wünscht jemand zurzeit eine Pause oder können wir diese Diskussion noch durchführen?

(Eine Pause wird abgelehnt)

Stadtammann Andreas Balg: Wir nehmen den Antrag zurück und werden noch einmal darüber diskutieren. Ich darf sagen, dass unsere Entscheidung mehrheitlich war. Ich darf auch sagen, dass es ein reiner Entscheid ist vom Stadtrat. Die Verwaltung hat uns zugesagt, diesen Gewaltakt auch leisten zu wollen, wenn das in unserem Interesse liegt. Wir waren mehrheitlich der Meinung, dass das eine ganz schlechte Lösung ist. Wir wissen auch, dass unsere Kollegen der Gemeinden auch deshalb dieses Verfahren nicht wählen. Wir gehen noch einmal über die Bücher, will ihnen nichts versprechen, aber kann ihnen versprechen, dass wir das noch einmal diskutieren.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich bin wirklich erstaunt über diese Aussage „wir wollen noch einmal darüber nachdenken, wir prüfen es noch einmal“. Es ist zweieinhalb Jahre her, da uns der Stadtrat die feste Zusage gemacht hat, die Wahlen würden an einem Wochenende durchgeführt. So vergesslich kann man doch in einer Exekutive mehrheitlich nicht sein. Wir erwarten nicht, dass darüber noch einmal gross diskutiert wird, sondern dass dem Willen des Parlaments Rechnung getragen wird, und dass das eigene Versprechen eingehalten wird, Herr Stadtammann.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Es geht bei dieser Sache ums Wort, um die Ehrlichkeit des Stadtrates. Der Stadtrat hat vor zweieinhalb Jahren als Person Martin Klöti versprochen, der Motion nachzukommen, und diese beiden Termine auf dasselbe Datum zu setzen. Die Motion wurde dann auch zurückgezogen, weil das dann eine Reglements-Änderung nach sich gezogen hätte, wenn man die Motion durchgezogen hätte. So mit dem Versprechen des Stadtrates konnte man diesen zusätzlichen Aufwand umgehen.

Andreas Balg kann für sich in Anspruch nehmen, dass er vor zweieinhalb Jahren noch nicht hier in Arbon wohnte, und er wusste vielleicht, etwas überspitzt ausgedrückt, noch gar nicht, wie man Arbon schreibt. Aber die anderen vier Herren, die da vorne sitzen, die waren vor zweieinhalb Jahren zugegen, als dieses Versprechen abgegeben wurde. Was passiert mit einer Stadt, in der die Exekutive ein Versprechen abgibt, und dieses Versprechen nicht einhält. Das ist ein ganz grosser Flurschaden. Ich bin jetzt eigentlich erstaunt, von Andreas Balg zu hören, man wolle noch einmal diskutieren.

Sehr geehrte Damen, wir hatten am letzten Freitag eine Gipfelkonferenz. Das ist eine Besprechung des Stadtammanns mit den Fraktionspräsidenten. Wir haben dort über diese Sache diskutiert. Wir haben dort, alle vier Fraktionspräsidenten oder bei der FDP, aufgrund gesundheitlicher Probleme, der Vizepräsidentin, unmissverständlich kundgetan, dass wir erwarten, dass das Versprechen eingelöst wird. Auch da hiess es: „wir sehen das noch einmal an“, und heute wieder dieselbe Antwort. Da fehlt mir jetzt einfach das Verständnis. Ich kann nur mit Andrea Vonlanthen nachdoppeln, ich erwarte jetzt wirklich vom Stadtrat, dass er sich an das Versprechen hält.

Erstaunlich ist für mich auch, dass am Freitag an dieser Gipfelkonferenz begründet wurde, der Aufwand sei zu gross, wenn denn beide Wahlen miteinander ausgezählt werden müssten, müssten doppelt so viele Stimmenzählerinnen oder Angestellte der Gemeindeverwaltung mithelfen und es würde bis abends 8,00 Uhr oder noch länger gehen. Ich habe viele Jahre Erfahrung, so mit Auszählen oder mit Resultat warten und nachher kommentieren.

Bei eidgenössischen Urnengängen, auch wenn sie verbunden waren mit einer einfachen Majorzwahl, waren spätestens um 15.30 Uhr die Resultate online. Bei den letzten Wahlen des Parlaments waren die Resultate auch etwa um 16.00 Uhr bereits ausgezählt. Wenn ich jetzt da zusammen zähle, dann gibt das vielleicht acht Stunden. Dann könnte man sagen es sei 20.00 Uhr, mit der einfachen Besetzung, Wenn man die Besetzung verstärkt, dann dürfte es sicher nicht noch länger gehen.

Noch einmal, bitte halten sie sich an ihr Versprechen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind weitere Wortmeldung zur Diskussion? Wenn nicht gehen wir weiter.

Die heute eingereichte dringliche Interpellation betreffend „Explodierende Kosten Soziale Dienste“ von Roman Buff, EVP und Kaspar Hug, CVP wurde von 15 Parlamentsmitgliedern mitunterzeichnet und geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat für die Beantwortung an der nächsten Parlamentssitzung vom 23. September 2014, ebenso die Einfache Anfrage von Peter Gubser, Sp-Gewerkschaften-Juso.

Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien. Wir sind am Ende dieser Sitzung angelangt. Nun wünsche ich uns allen ein schönes Sommerwetter und eine entspannte Sommerzeit. Vielleicht sehen wir uns am Seenachtsfest, oder an der 1. Augustfeier oder vielleicht im Openair-Kino, bestimmt aber wieder am 23. September 2014 zur nächsten Parlamentssitzung. Mit diesen Worten schliesse ich die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Arbon, 2. Juli 2014

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Christine Schuhwerk

Die Parlamentssekretärin:

Evelyne Jung